Bericht der Verwaltung für die Sitzung der Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) am 06. Dezember 2012

"Antragsstau" bei der Genehmigung für Großraum- und Schwerlasttransporte

Der Abgeordnete Herr Pohlmann (SPD) bat um einen Bericht der Verwaltung über die Maßnahmen, die eingeleitet wurden, um den "Antragsstau" bei den Genehmigungen für Großraum - und Schwerlasttransporte abzubauen und darüber, wie schnell diese greifen können.

1. Sachdarstellung

Der Engpass bei der Bearbeitung der Antrags- und Zustimmungsverfahren im Bereich der Großraum- und Schwerlasttransporte basiert auf dem Umstand, dass sowohl das Stammpersonal als auch potentielle Unterstützungskräfte urlaubsbedingt sowie krankheitsbedingt in großem Maße ausfielen. Der Eintritt einer solchen Ausnahmesituation war im Vorfeld nicht absehbar.

Um einem Bearbeitungsstau entgegenzuwirken wurde als erste Maßnahme der Einsatz des Referatsleiters, der grundsätzlich mit einem Drittel seiner Arbeitskraft dem Arbeitsbereich zugeordnet ist, auf 100 % ausgebaut. Gleichzeitig wurde ein Telefondienst zur Entlastung der Sachbearbeitung eingerichtet, der rund 1 ½ Stellen umfasst. Des Weiteren nahm Anfang Oktober eine Unterstützungskraft in Vollzeit die Tätigkeit auf. Zwei weitere Unterstützungskräfte in Teilzeit folgten Mitte Oktober. Eine weitere Unterstützungskraft ist seit dem 01. November 2012 für zwei Tage in der Woche abgeordnet. Die eingesetzten Unterstützungskräfte benötigten zunächst eine Einarbeitung. Im Hinblick auf eine bevorzugte Bearbeitung von Fällen mit einer ausgewiesenen Dringlichkeit gem. StVO stellten sich sofort positive Effekte ein. Die Wirksamkeit der ergriffenen Maßnahmen bezogen auf den Abbau der Rückstände ist seit dem 22. Oktober deutlich sichtbar. In den Wochen vom 22. Oktober bis zum 09. November sank die Zahl der Rückstände von 3.883 auf 2.615 Fälle und liegt aktuell mit Stand vom 23.11.2012 unter der Marke von 2000 Fällen.

2. Beschlussvorschlag

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.